Ausgabe B.

Aufwärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis: Bei der Post geholt oder durch Boten zugestellt vierteljährlich 2.40 Mk. Durch den Briefträger einschließlich Bestellgeld 2.82 Mk.

Christlich-nationales Tageblatt
mit der Sonntagsbeilage „Für Herz und Haus".
Herausgeber D. Jaeger.

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 25 Pfg., Reklamezeile 1.00 Mk. Beilagen nach vorheriger Vereinbarung. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr.

Nr. 164. | Bielefeld-Bethel, Donnerstag, den 17. Juli 1919. | Jahrgang 1.

Ein jeglicher wird unter seinem Weinstock und Feigenbaum sitzen ohne Scheu; denn der Mund des Herrn Zebaoth hat's geredet. Micha 4, 4.

Kleinsiedlung und Gartenbau.

Von Landesökonomierat Echtermeyer,
Direktor der Gärtner-Lehranstalt Berlin-Dahlem.

Unsere Agrarpolitik hat bisher, besonders in Preußen, einseitig den Großbetrieb bevorzugt; mittlere und kleine Betriebe mußten gegen ihn zurückbleiben. Erst der Krieg, der uns von der Einfuhr von Dünge- und Futtermitteln abschloß, zeigte die ungeheure Wichtigkeit des Kleinbetriebs, des Garten-, Gemüse- und Obstbaues, ja sogar des einfachen Laubenkolonisten für unsere Volksernährung.

Wir fühlten uns früher so reich, wir lebten so verschwenderisch, daß wir z. B. 1913 abzüglich der Ausfuhr noch für über 834 Millionen Mark an Obst, Gemüse, Sämereien und lebenden Pflanzen aus dem Auslande bezogen. Aber jetzt, da wir arm sind und uns selbst ernähren wollen und müssen, muß auch mit dieser Vernachlässigung von Kleinsiedlung und Gartenbau aufgeräumt werden.

Gerade der Kleinbetrieb verbürgt die intensivste Bewirtschaftung, verbürgt auch den schnellen Wiederaufbau unserer Viehhaltung. Große Teile des deutschen Volkes streben aufs Land hinaus. Sie können glückliche Menschen werden, sie können sich und uns ernähren, wenn wir sie planmäßig als Kleinsiedler, als Gemüse- und Gartenbauer ansiedeln.

Wir sind keine Utopisten, die Pläne, zu deren Erfüllung Jahrzehnte gehören, in wenigen Monaten durchführen wollen. Wir wissen, daß wir arm an Kapital, an Düngemitteln und vor allem arm an Zeit sind. Wir wollen zunächst nur an diejenigen Aufgaben herangehen, die sich ohne großen Geldaufwand und ohne Zeitverlust bezwingen lassen. Wir wollen mit einem Wort praktische Arbeit leisten.

Deutschland ist überaus reich an Mooren und Heideflächen, und zwar haben wir:

10 782 000 Morgen Moorboden
6 000 000 „ Heideboden
zusammen also 16 782 000 Morgen.

Diese Riesenflächen, die auch im Prozentsatz einen großen Teil der deutschen Bodenfläche ausmachen, sind bisher fast noch gar nicht ausgenutzt worden. Dabei würden sie sich gerade zur gärtnerischen Kleinkultur vielfach sehr gut eignen, wie das Beispiel Hollands zeigt, dessen ausgedehnter Moorboden der Sitz einer blühenden Gemüse- und Gartenkultur ist. Was Holland, das klassische Land der Kleinbauernwirtschaft, in so glänzender Weise leistet, das können wir auch erreichen, und es steht nichts im Wege, in Zukunft nicht nur unsern gesamten Gemüse- und Obstbedarf selbst zu erzeugen, sondern noch darüber hinaus zum Exportieren zu gelangen.

Nun hat man eingewendet, daß eine so großzügige Kolonisation ein Zukunftsprojekt sei, das ungeheure Kosten verursache und uns daher jetzt im Augenblick wenig nützen könne.

Aber wir wollen ja nicht die ganze deutsche Moor- und Heidefläche auf einmal in Angriff nehmen, wir wollen auch nicht unsere ganzen überschüssigen Arbeitslosen mit einem Schlage in Bauern verwandeln.

Was wir jetzt tun können, ist, daß wir einzelne, sehr geeignete, zur Kultivierung reife Moore in Angriff nehmen und mit mittleren und kleinen Kolonisten besiedeln.

Ein gutes Beispiel bietet hier das dicht vor den Toren Berlins liegende Havelländische Luch. Dieses bis jetzt auf eine Fläche von rund 250 000 Morgen meliorierte, sehr fruchtbare Niederungsmoor ist ein geradezu idealer Boden für eine großzügige Kultivierung und würde sofort für viele Tausende von Familien Siedlungsland und Existenz geben. Die Provinz Brandenburg umschließt eine Moorfläche von über 359 000 Morgen. Die „Osthavelländische Bodenverbesserungsgesellschaft West" und die „Landgesellschaft Havelland-Ruppin" haben hier mit Unterstützung des Staates für den Morgen im Enteignungsverfahren im Durchschnitt 200 Mark bezahlt, und man könnte durchschnittlich 4 Morgen an jeden Kolonisten abgeben. Dieser könnte von dem Reinertrag an Obst, Gemüse, Kartoffeln und dem Überschuß aus der Viehzucht (Schweine, Hühner, Ziegen oder Kuh, Kaninchen) nicht nur Lasten und Aufwand mit Leichtigkeit bezahlen und selbst davon leben, sondern er würde auch bei vorsichtiger Rechnung noch einen erfreulichen Reingewinn erzielen. Vorbedingung ist natürlich billigstes Siedlungsland, einfachste Geländeerschließung und fachmännische Beratung. Bodenwucherpreise sind restlos auszuschalten.

Die Lasten, die sich der Staat bei einer Kleinbesiedlung des Havelländischen Luchs auferlegt, sind so gering, der Nutzen, den nicht nur der einzelne Ansiedler, sondern im weiteren Sinne auch die Allgemeinheit davon haben wird, so einleuchtend, daß diese Besiedlung schleunigst in Angriff genommen werden müßte.

Hier, wo mit Berlin, Nauen und Spandau die besten Verbindungen bestehen, wo alle Erzeugnisse voll ausgenutzt werden können, müßte eine Musterkolonie entstehen, die für viele andere, die nachfolgen, ein Beispiel wäre. Gemüse- und Obstzucht müßten hier blühen, gärtnerische Handelspflanzen, besonders Rhododendren und Koniferen, könnten gezogen werden, alle Erzeugnisse der Viehzucht, Milch, Eier, Speck, Butter, Fleisch und Wurst würden willige Abnehmer finden. Natürlich wäre dafür zu sorgen, daß jede Bodenspekulation unmöglich gemacht würde, daß man aber auch dem Kolonisten auf seiner Scholle eine zwar billige, aber doch gesunde und angenehme Wohnstätte böte, daß man Handwerker und Kaufleute ansässig machte und in jeder Weise eine soziale Bevölkerungspolitik triebe. Wenn wir zunächst im Havelländischen Luch so vorgehen, so werden wir sehr viele Arbeitslose mit ihren Familien zu schaffenden und glücklichen Menschen machen. Wenn es uns gelingt, aus diesen Ansiedlungen Wohlfahrtsquellen für die ganze Volkswirtschaft zu machen, dann können wir, auf dieser Arbeit fußend, und mit Berücksichtigung aler dabei gemachten Erfahrungen das große Siedlungsproblem, das wirkliche Problem unserer ganzen Zukunft, in immer ausgedehnterem Maße ausbauen, bis wir auch die letzte Moor- und Heidefläche Deutschlands dem allgemeinen Wohl dienstbar gemacht haben.

Wir werden dabei einen inneren Reichtum gewinnen, den uns niemand auf der Welt nehmen kann, und ein Geschlecht glücklicher und gesunder Menschen, die einmal den Fluch von uns nehmen, den wir mit und ohne unsere Schuld auf uns geladen haben.

Wir brauchen nur zu beginnen, das Arbeitsfeld liegt vor uns und wartet!

Amerikanismus.

(Ein Beitrag zur Frage der Teilnahme Amerikas am Weltkriege.)

Schnell fertig ist die oberflächliche Beurteilung mit Beantwortung der Frage: Warum trat Amerika auf der Seite unserer Feinde mit in den Weltkrieg ein? Selbstverständlich nur, um die hineingesteckten amerikanischen Werte zu retten, die im Falle eines deutschen Sieges verloren gewesen wären! Nur um amerikanischem Handel und Gewerbefleiße die den Deutschen zu entreißenden Absatzmärkte zu erobern. Gewiß ist dies einer der Beweggründe, vielleicht der vornehmste, bei vielen Amerikanern der einzige, wie er bei unserem Hauptgegner England entschieden der einzige treibende Grund zum Kriege war. Bei Amerika kommt aber doch noch etwas anderes in Betracht. Die Persönlichkeit Wilsons lasse ich aus dem Spiele. Er ist nach meiner Auffassung, so sehr er sich bemüht hat, sich als Idealist zu gebärden, Vertreter der rein materialistischen Interessen. Gern würde man seinen Worten glauben, daß er, um Deutschland mit dem Segen der Demokratie zu beglücken, den Eintritt des von ihm vertretenen Staatswesens in den Krieg befürwortet habe, wenn er nicht vom Beginn der Waffenstillstandsverhandlungen an sich als Heuchler und Lügner entpuppt hätte. In diesem Punkte sind hoffentlich jetzt alle Deutschen einig. Aber da sind doch viele hervorragende Amerikaner, wie Senator Knox, wie Bullit und seine 7 Genossen, welche aus der amerikanischen Friedensabordnung austraten, da sind die zahlreichen Deutsch-Amerikaner, die dem Kriege nicht mit Erfolg entgegengetreten sind, von denen viele ihn sogar stillschweigend gebilligt, deren Söhne sogar in die Reihen unserer Feinde gegen uns gefochten haben. (Dürfen wir sie deswegen entartete Söhne Deutschland nennen?) Gerade diese letzteren gaben uns zu denken. Wir müssen darüber ins Klare kommen. Und es gibt in der Tat nur eine Erklärung für diese auffallende Tatsache, daß Deutsch-Amerikaner mit Begeisterung unter dem Banner der Sterne und Streifen gegen das Vaterland ihrer Väter und Großväter gekämpft haben. Und diese eine Erklärung ist: Alle diese Männer glaubten Kämpfer zu sein für Freiheit, Fortschritt und Volksherrschaft, also für ihre großen Ideale, gegen vermeintliche Barbarei, Rückschritt und Despotie. Es ist durchaus bezeichnend, daß fremdgeborene d. h. nicht in Amerika geborene amerikanische Bürger mehr begeistert sind für jene Ideale als viele Eingeborene. Kein Geringerer als Karl Schurz, der bekanntlich den in Spandau gefangenen Revolutionär von 1848, Professor Kinkel, aus dem Gefängnis befreite und daher aus seinem Vaterlande Preußen nach Amerika flüchtete, bestätigt diese Wahrnehmung und erklärt sie auf das trefflichste. Es heißt im 2. Bande seiner Lebenserinnerungen S. 91: Während meiner ganzen öffentlichen Laufbahn in Amerika ist mein Leitmotiv dieser Gedanke gewesen: Die wichtigste Stellung, die diese Republik in dem Fortschritt der Menschheit zu demokratischen Regierungsformen einnimmt, und die daraus erwachsende große Verantwortung des amerikanischen Volkes der ganzen zivilisierten Welt gegenüber. Es mag unwahrscheinlich und fast lächerlich anmaßend klingen, daß fremdgeborene amerikanische Bürger feuriger, aufrichtiger in ihrem amerikanischen Patriotismus sein können, als viele Eingeborene es sind, und doch haben meine Erfahrungen mir das bestätigt. Es ist sogar ganz natürlich bei solchen Ausländern der Fall, die, ehe sie nach Amerika kommen, sich bereits in der alten Welt an den Kämpfen für freie Regierung beteiligten oder wenigstens ein tiefgehendes Interesse an solchen Fragen genommen hatten. Sie waren Zeugen der schrecklichen Kämpfe gewesen, die es kostete, die Hindernisse in Gestalt althergebrachter Satzungen, Gebräuche, traditioneller Vorurteile oder Gedanken- und Gefühlsrichtungen zu überwinden. In diesem neuen Bande sahen sie nun ein freies Feld für die ungehinderte Entwicklung wirklich demokratischer Einrichtungen; für die Entwicklung alles Guten und Großen, und sie sind von der glühenden Hoffnung beseelt, daß hier der große Beweis für die Befähigung des Menschen zur Selbstregierung geliefert werde, ein Beweis, „der die ganze nach Freiheit und Glück strebende Menschheit ermutigen und inspirieren soll."

An einer anderen Stelle spricht er davon, daß er bei dem Antisklaverei-Wahlfeldzuge vom Jahre 1860 es sich zur Regel gemacht hatte, seine Zuhörer in den zahlreichen Wahlversammlungen daran zu erinnern, daß es die Pflicht, das Vorrecht der amerikanischen Republik sei, der freiheitlichen Menschheit als Leitstern, als Fackelträgerin der Zivilisation zu dienen.

Nach Schurz schließt das Wort Amerikanismus die edelsten Begriffe ein, die je ein menschliches Herz mit Stolz erfüllten. Bald nach seiner Ankunft drüben wird in ihm rege die ideale Auffassung der amerikanischen Republik als Hoffnung und Führerin der freiheitliebenden Menschheit. Das Grundprinzip der Unabhängigkeitserklärung, daß alle Menschen gleich und mit gewissen unveräußerlichen Rechten ausgestattet seien, nämlich: Leben Freiheit und Streben nach Glück, dies Grundprinzip umfaßt die große geschichtliche Mission der amerikanischen Republik, auf welche die höchsten Hoffnungen der Menschheit gerichtet und für welche wir Amerikaner verantwortlich sind.

Es ist diesem glühenden Republikaner ein heiliger Ernst, seine Gedanken von Völkerglück weiter zu verbreiten. Es ist gleichsam seine Religion. Es ist das allen Revolutionären eigentümliche Streben, mit den für sein Land und Volk erreichten Freiheiten alle anderen Völker zu beglücken. So pflanzten die Franzmänner 1793 auch am Rhein ihre Freiheitsbäume auf. So trug die große Revolution ihre Grund-

sätze, die Lehren von der Volksherrschaft, von Freiheit und Gleichheit durch ganz Europa, so will der russische Bolschewismus mit seinen Gedanken — wenn er wirklich Gedanken hat — die ganze Welt beglücken.

Es ist zweifellos, daß die amerikanischen Staatsmänner der Vergangenheit diesem von Karl Schurz gezeichneten Ideal entsprechen. Und wenn heute, im 20. Jahrhundert, dieser Idealismus in Amerika ertötet ist und gröbstem Materialismus Platz gemacht hat, so ist dies eben derselbe Gang der Entwicklung der Dinge wie in unserem alten Europa. Und selbst für das heutige Amerika ist zuzugeben, daß in zahlreichen Amerikanern, besonders Fremdgeborenen, die alten Ideale noch lebendig sind. So sagt Polenz in seinem „Lande der Zukunft": Wer dem Volke von Nordamerika nicht die Fähigkeit zutraut, sich für eine Idee zu schlagen, der hat sich durch manche unschöne Züge des Yankee-Charakters verführen lassen, das impulsive Temperament dieses Volkes, das mehr als einmal bewiesen hat, daß es enthusiastischen Opfermutes fähig ist, zu verkennen.

Daß die Fremdgeborenen keinen oder nur geringen Einfluß auf die Politik der Vereinigten Staaten während des Weltkrieges ausgeübt haben, liegt einmal daran, daß sie in der Minderheit sind, sodann, daß Wilson es trefflich verstanden hat, mit schönen Worten, seinen 14 Punkten, sie zu umgarnen, wie er auch unsere Unterhändler dadurch betört hat.

Demnach ist wohl das Urteil berechtigt, daß Deutschland in doppelter Hinsicht durch Deutsche im Weltkrieg besiegt wurde, einmal durch diejenigen, welche in verräterischer Weise die Manneszucht in unserem Heere untergruben und es dadurch widerstandslos machten, sodann durch die Söhne und Enkel der Deutsch-Amerikaner, die des Wahnes lebten, uns mit ihren vermeintlichen Idealen von Demokratie beglücken zu müssen, ausgerechnet uns, die wir in vieler Hinsich ihnen überlegen waren.

Ich möchte nicht mißverstanden werden: Meine Zeilen sollten keine Ehrenrettung der neuzeitlichen amerikanischen Politik sein, sondern nichts als ein geringer Beitrag zum Verständnis des amerikanischen Wesens.

Studienrat Dr. Waltemath.

Zur Friedensfrage.

Deutsche Noten.

Der Vorsitzende der deutschen Friedensdelegation Freiherr von Lersner hat Clemenceau vier Noten überreicht. Die erste behandelt die Prüfung der Gebietsfragen von Malmedy und Moresnet, die zweite beschäftigt sich mit dem Saargebiet, und die dritte behandelt die militärische Besetzung und die wirtschaftliche Ausnutzung des Rheinlandes. Ferner hat Freiherr von Lersner dem Minister des Auswärtigen die Ernennung des Herrn von Stark als Regierungsvertreter in Köln mitgeteilt. Außerdem hat der Vorsitzende der deutschen Friedensdelegation dem Ministerpräsidenten Clemenceau eine neue Note überreicht, in der eine Reihe neuer Uebergriffe der Polen aufgezählt werden und gebeten wird, auf die Polen einzuwirken, um sie von weiteren Provokationen abzuhalten.

Die Entente will den Arbeitszwang in Deutschland fordern.

Die deutschen Delegierten in Versailles teilen mit, daß die von ihnen aufgenommenen Verhandlungen wegen der Durchführung der Friedensbedingungen von den Alliierten in durchaus entgegenkommenden Formen geführt werden, daß sachlich aber an der strikten Durchführung der unterschriebenen Bedingungen festgehalten wird. Besonders besteht die Entente auf der geforderten Leistung an Kohle. Von deutscher Seite auf die Arbeiterschwierigkeiten hingewiesen, erklärte der Vorsitzende der Alliiertenkommission, daß die deutsche Regierung mit allem Nachdruck, nötigenfalls mit Zwangsmaßnahmen, dafür zu sorgen habe, daß das deutsche Volk arbeite und dadurch die Durchführung der Friedensbedingungen ermögliche. Auch hinsichtlich der deutschen Viehlieferungen besteht die Entente auf schneller Durchführung der Verpflichtungen. Die Stellung von Zivilarbeitern als Ersatz für die Kriegsgefangenen wird ebenfalls in den Vordergrund geschoben. Die Entente denkt an die Ueberführung dieser Arbeiter in Gruppen von 500 bis 1000 Personen und erklärt, daß sie in Baracken im Wiederaufbaugebiet untergebracht werden müßten.

Ende des interalliierten Wirtschaftsrates.

Im englischen Unterhause wurde die Regierung über das Fortbestehen des Obersten Wirtschaftsrates befragt. Bonar Law erklärte daraufhin, daß die internationale Zusammenwirkung auf wirtschaftlichem Gebiete unerwünscht sei. Eine genaue Methode für das zukünftige Verfahren stehe aber noch nicht fest.

Wie der „Manchester Guardian" schreibt, hofft die englische Regierung, daß eine Art von Weltgenossenschaft gebildet werde, um die europäische Lage zu retten. Soweit die Lebensmittelversorgung in Frage kommt, sei beantragt worden, daß der Oberste Wirtschaftsrat seine Arbeiten fortsetzt und fernerhin seinen Sitz in Washington nehme. Sie macht den Vorschlag, nicht nur die neutralen, sondern binnen sehr kurzer Zeit auch Deutschland und die anderen bisher feindlich gegenüberstehenden Länder zu diesem zuzulassen. Dies würde den Obersten Wirtschaftsrat zu einer ähnlichen Organisation machen wie den Völkerbund. Man hofft auch, daß er ein Glied des Völkerbundes bilden werde. Amerika hat bisher seine Zustimmung zu diesem Antrage nicht gegeben und soll auch nicht dazu geneigt sein, da es nicht länger als nötig eine Art Verantwortlichkeit in europäischen Fragen tragen oder europäischen Einfluß in seine eigenen Angelegenheiten dulden wolle.

Friedensablehnung der französischen Sozialisten.

Der sozialistische Nationalrat hat mit 1420 gegen 54 Stimmen bei 501 Stimmenthaltungen beschlossen, die Ratifizierung des Friedensabkommens abzulehnen. Der Abstimmung gingen erregte Aussprachen voraus, in deren Verlauf der elsässische Sozialist Grumbach heftige Angriffe gegen die französische Militärverwaltung in Elsaß richtete.

Das Schicksal des Kaisers.

Zu der von uns gleich mit Zweifel aufgenommenen Meldung der „Deutschen Allgemeinen Zeitung", daß Holland in die Auslieferung des Kaisers eingewilligt habe, wird dem „Berliner Lokal-Anzeiger" aus dem Haag und aus Rotterdam übereinstimmend telegraphiert, daß derlei Gerüchte völlig unbegründete seien. — Auf eine Anfrage in der Sitzung des englischen Unterhauses am 14. d. M., ob in Anbetracht der zunehmenden Abneigung gegen die Abhaltung des Prozesses gegen Kaiser Wilhelm in London die Regierung neue Besprechungen mit den alliierten und assoziierten Mächten erwäge, erwiderte Bonar Law, er könne der Erklärung des Ersten Ministers vom 3. Juli nichts hinzufügen.

Polen unter Entente-Verwaltung?

Der Krakauer „Gommez Slakeski" erhält von einer aus Paris heimgekehrten Persönlichkeit die sensationelle Nachricht, daß die Entente beschlossen hat, aus der Hallerschen Armee alle Soldaten im Alter von 30—45 Jahren, welche die französische oder englische Staatsbürgerschaft besitzen, herauszuziehen. Die Soldaten dieses Alters können sich erklären, ob sie polnische Untertanen bleiben wollen oder nicht. Dasselbe Blatt berichtet weiter, daß sich in den Kreisen der Entente die Gerüchte erhalten, als ob diese die Verwaltung Polens für 25 Jahre übernehmen wird. Dies soll aus dem Grunde geschehen, weil in Polen ein Chaos herrscht und das Land in drei Teile geteilt ist, von denen jeder eine gesonderte Wirtschaftspolitik betreibt. Der Hauptgrund für einen derartigen Entschluß der Entente dürfte wohl die Sicherstellung der russischen Kriegsschulden sein.

Das „neutrale" Belgien.

In Paris tagt zurzeit ein parlamentarischer Ausschuß, der die Aufgabe hat, festzustellen, aus welchem Grunde im ersten Stadium des Krieges das Erzbecken von Briey aufgegeben wurde. Marschall Joffre gab bei seiner Vernehmung Auskunft über die Rolle jeder der Armeen unter seinen Befehlen. Die dritte sollte die Verbindung herstellen, die fünfte sollte entweder auf Metz oder auf Diedenhofen marschieren. Sie sollte sogar die Umzingelung von Metz vorbereiten. Alles war den Ereignissen untergeordnet. Die Pläne nahmen die Invasion Belgiens in Aussicht. Es waren Maßnahmen getroffen, um der Invasion Schritt um Schritt zu folgen. Die Aussagen Joffres sagen Einsichtigen nichts Neues. Die wußten es längst, daß die Pläne des französischen Generalstabes nicht vor der Neutralität Belgiens Halt machten.

Die Reichseinkommensteuer.

Die gesamte Finanzverwaltung in Händen des Reiches.

Die Aussprache des Reichsfinanzministers Erzberger mit den den einzelstaatlichen Finanzministern in Weimar drehte sich hauptsächlich um eine tief einschneidende Reichseinkommensteuer und die Uebernahme der gesamten Steuerverwaltung auf das Reich. Man war sich angeblich nach längerer Aussprache darüber einig, daß die direkten Steuern erst auf das äußerste Maß auszuschöpfen sind, bevor man an eine Versteuerung der notwendigsten Bedarfsgegenstände herangehen kann. Dafür waren in erster Linie auch politische Betrachtungen maßgebend.

Die geplante Reichseinkommensteuer, die erst im Oktober dem Parlament vorgelegt werden soll, soll, wie die übrigen direkten Steuern, vom Reich erhoben werden. Die Bundesstaaten und die Kommunen dürfen dazu keine Zuschläge erheben. Das Reich wird ihnen die für ihre Bedürfnisse nötigen Summen nach einem aufzustellenden Schlüssel aus den einkommenden Steuern geben. Von der durch die direkten Steuern aufkommenden Summe wird das Reich mindestens 75 v. H. für sich beanspruchen müssen. Deshalb hat der Reichsfinanzminister Erzberger auch das dringendste Interesse, daß die gesamte Finanzverwaltung in die Hände des Reiches übergeht. Es werden deshalb Finanzämter geschaffen werden. Von einer Umwandlung der in den Einzelstaaten schon bestehenden Finanzämter wird man absehen, da diese doch so geändert werden müßten, daß eine Neubildung hier mehr am Platze ist. Gegen diesen Bruch mit dem Bisherigen machten natürlich verschiedene einzelstaatliche Minister schwere Bedenken, die sie aber zurückstellten. Der Plan war aufgetaucht, die Steuerverwaltung so zu lassen, wie sie jetzt ist, und nur eine Kontrollinstanz durch das Reich zu schaffen, aber diese Absicht wurde als unzweckmäßig und nach längerer Erläuterung vom Finanzminister Erzberger aufgegeben.

Wesentlich ist bei dieser ganzen Neubildung auch die Ausbildung der Steuerbeamten. In dieser Beziehung sind bereits die vorbereitenden Schritte getan worden. Die Neugestaltung des ganzen Steuerwesens soll so schnell geschehen, daß das Reich die gesamte Verwaltung schon am 1. Oktober übernehmen kann.

Die süddeutschen Staaten gegen die Reichseinkommensteuer.

Mit der offenbar aus dem Reichsfinanzministe-

Neuordnung des deutschen Schulwesens.

Das preußische Unterrichtsministerium hat, wie die „Neue politische Correspondenz" mitteilt, den Beratungen über die Neuordnung des deutschen Schul- und Bildungswesens folgende Richtlinien zugrunde gelegt.

Ausbau des deutschen Bildungswesens.

A. Ziel:

Unter Aufrechterhaltung der Höhe unserer Bildungsziele in den Spitzenschulen (Kulturstandpunkt), Hebung der Volksschule und Aufbau der Oberschule auf der Volksschule (sozialer Grundsatz), damit Ermöglichung des Übertritts nur der Befähigten ohne Standesunterschied in die Oberschule zu einem Lebensalter, in dem Begabungsrichtung und Begabungshöhe im allgemeinen deutlich erkennbar sind (psychologischer Grundsatz). Die Angleichung der Grund- und Oberschule aneinander setzt Vereinheitlichung wie Mannigfaltigkeit der Kulturziele, der Gesellschaftsaufgaben und der menschlichen Veranlagung, setzt Vielgestaltigkeit innerhalb der Einheit des Bildungswesens voraus.

B. Einheitlichkeit:

Einheitliche Grundschule.

Die Grundlage der öffentlichen Bildungsanstalten ist die Volksschule (6. bis 14. oder 15. Lebensjahr).

Einheitliche Oberschule.

Sie ist organisatorisch eine Aufbauschule, dem Lehrgut nach eine deutsche und dem Rekrutierungsgebiet nach eine Sammelschule. Sie schließt sich an die Volksschule an und hat die Aufgabe, Volksschüler vom 14. Lebensjahre ab in fünf Jahren zu befähigen, entweder in führende Berufe des praktischen Lebens, oder in Fach- oder gelehrte Hochschule (Universität) einzutreten.

Um Schülern, die sich nach einjähriger Probezeit als nicht geeignet zur Erreichung höherer Bildungsziele erweisen, den Eintritt ins praktische Leben ohne Verlust eines Schuljahres zu ermöglichen, kann die Aufbauschule auch vom 13. Lebensjahre ab in sechs Jahren zur Reifeprüfung führen.

Die Aufbauschule lehrt verbindlich von Anfang ab nur eine neue fremde Sprache (hauptsächlich Englisch), in den letzten drei bis vier Jahren wahlfrei entweder Latein oder eine zweite neuere Sprache. Sie wird daher am besten deutsche Oberschule heißen.

Überall, wo nur eine höhere Schule besteht, muß diese eine Aufbauschule sein, damit sie den geeigneten Kindern aus allen umliegenden Orten noch im 13. oder 14. Lebensjahre die Laufbahn durch die höhere Schule ermöglicht. Damit erhalten die Kleinstädte, die keine eigene höhere Schule haben können, und das platte Land Anschluß an die nationalen Bildungswege bis zur Fach- oder gelehrten Hochschule, ohne daß die Kinder zu früh dem Elternhause entzogen werden.

C. Vielgestaltigkeit:

I. der Oberschulen

a) nach der Ortsgröße.

In Mittel- und Großstädten, in denen mehrere höhere Schulen nebeneinander möglich sind, findet man zunächst ebenfalls die deutsche Oberschule. Hier aber ist auch Raum zur Errichtung von höheren Schulen, die den fremdsprachigen Unterricht in einem etwas früheren Lebensalter beginnen können. Ob der fremdsprachige Unterricht nach vier, fünf oder sechs Jahren beginnt, ist dann nicht mehr eine grundsätzliche, sondern nur eine Zweckmäßigkeitsfrage. Jedenfalls sollte die erste fremde Sprache nicht vor dem elften Lebensjahre einsetzen. In großen und Mittelstädten wäre also Raum für humanistische Gymnasien, Realgymnasium und Oberrealschulen mit früher einsetzendem fremdsprachigen Unterricht.

b) in bezug auf Ziele und Lehrpläne.

Die deutsche Oberschule ist nicht bloß gelehrter Art, sondern sie gliedert sich in gelehrte und Fachschulen (höhere, Gewerbs-, kunstgewerbliche, Handels-, Handelsrealschulen). Auch diese Fachschulen lehren eine fremde Sprache, so daß ein Übergang auch von ihnen in jede andere höhere Fachschule oder auch in die gelehrte deutsche Oberschule möglich ist. Fach- und gelehrte Oberschulen haben dieselbe Berechtigung. Reifeschüler der Fachoberschule können die Fachhochschulen und die Universität beziehen, ebenso die Reifeschüler der mehr „gelehrten" Oberschule.

II. der Grundschule.

1. Wo die Grundschule paralelle Klassen nebeneinander hat, findet nicht nur eine Höhengliederung nach Jahrgängen, sondern auch eine Breitengliederung nach Begabungshöhe und Begabungsrichtung statt. Es werden die schwächeren Kinder, die nicht in die Hilfsschule gehören, aber dem normalen Unterricht der Grundschule nicht mit Nutzen folgen können, künftig nicht mehr in den nächstjüngeren Lehrgang verwiesen, sondern zu einer besonderen Klasse zusammengelegt, in der sie eine ihrer Anlage entsprechende vermehrte erziehlich-unterrichtliche Pflege erfahren können.

2. Dadurch wird der normale Zug der Volksschule von diesen Schwachen entlastet und wird imstande sein, ungefähr die jetzigen Ziele der preußischen Mittelschule zu erreichen. Es wäre möglich, in diesem Zug vom sechsten bis achten Schuljahre auch eine fremde Sprache (Englisch) zu lehren, wenn und wo es sich als zweckmäßig oder notwendig erweisen sollte.

3. Der Grundschule wird nach unten ein Schulkindergarten vom vierten bis sechsten Lebensjahre angebaut, zur Aufnahme derjenigen Kinder, namentlich aus Arbeiterhäusern, deren Mütter außerhalb des Hauses arbeiten und ihren Kindern keine vorbereitende erziehlich-unterrichtliche Pflege angedeihen lassen können.

D. Lehrerbildung.

I. Einordnung in den allgemeinen Schulaufbau.

Die Lehrerbildung wird dem allgemeinen deutschen Bildungsaufbau einheitlich eingeordnet. Der Lehrernachwuchs geht durch jede höhere Schule, wie sie am nächsten erreichbar oder den Neigungen des einzelnen entsprechend ist. Von jeder höheren Schule aus ist ein Übertritt in die zu schaffende pädagogische Hochschule möglich. Die Lehrer werden also zum Teil durch die Aufbau-Oberschule (13. bis 18. Lebensjahr), zum Teil durch die früher einsetzende Oberschule der Mittel- oder größeren Städte gehen. Die deutsche Oberschule wird genügend Raum haben für Deutschkunde, heimatliche Kulturkunde, Werkunterricht, philosophische Propädeutik auf der Oberstufe, stärkere Betonung der Musik und wahlfreien Geigenunterricht. Alle höheren Schulen sollten mindestens im letzten Jahre philosophische Propädeutik lehren.

rkum stammenden Meldung, daß die einzelstaatlichen Minister ihre Bedenken gegen die Steuerpläne des Reichsfinanzministers zurückgestellt hätten, steht im schroffen Widerspruch die Haltung der süddeutschen Regierungen von Württemberg, Hessen und Baden, die am 12. Juli in Heidelberg zu einer Besprechung über die neuesten Pläne des Reichsfinanzministeriums, betreffend Festsetzung, Erhebung und Verwaltung der Staats- und Gemeindeabgaben, zusammentraten. Die Vorschläge des Reichsfinanzministeriums, die in ihrer Wirkung die Steuerhoheit der Einzelstaaten vollständig aufheben und das sogenannte Dotationsrecht an ihre Stelle setzen wurden einhellig abgelehnt. Man war darin einig, dem Reiche weit entgegenzukommen, doch nur in den Grenzen eines selbständigen Einnahme-Etatsrechtes und einer finanziellen Selbstverwaltung der Einzelstaaten. Eine dahingehende Entschließung mit Einzelvorschlägen darüber, wie die süddeutschen Staaten sich den Ausbau des Steuersystems und die Steuerveranlagung im allgemeinen denken, wurde einstimmig angenommen.

Ueber die Steuerpläne der Reichsfinanzverwaltung erfährt ein Korrespondent der „Frankfurter Zeitung" zuverlässig, daß eine Kapitalertragssteuer bis zu 30 Prozent geplant wird, außerdem eine tief einschneidende Reichs-Einkommensteuer. Die einzelstaatlichen Finanzverwaltungen sollen ihren Bedarf beim Reich anmelden, und dann wird ihnen ein Teil von der Reichs-Einkommensteuer entsprechend ihrem Bedarf zugewiesen werden. Die Umsatzsteuer wird eine starke Erhöhung erfahren. Sie wird ganz allgemein erhöht, und dann werden hier bestimmte Bedarfs- oder Luxusgegenstände durch besondere Sätze festgelegt, so u. a. für Gegenstände des täglichen Bedarfes 5 Prozent, für Luxusgegenstände 15 Proz. In dieser Umsatzsteuer ist auch eine Inseratensteuer von 10 Prozent enthalten.

*

Der Zentralverband der Bauernvereinsorganisationen Deutschlands nahm in einer Eingabe an den Reichsfinanzminister dagegen Stellung, daß auch bei dauernd landwirtschaftlich und forstwirtschaftlich genutzten Grundstücken nach den neuen Steuergesetzen der gemeine Wert der Besteuerung zugrundegelegt werden soll; sie bitten, daß auch in Zukunft der Ertragswert maßgebend bleibe.

Erntegefährdung durch Landarbeiterstreik.

Belagerungszustand gegen Landarbeiter.

Kommunistische Hetzer sind augenblicklich am Werke, um die Landarbeiter in frevelhafter Weise in der Erntezeit zu einem Generalstreik zu veranlassen. In Bielefeld streiken die Arbeiter bereits, in Pommern und darüber hinaus in ganz Ostdeutschland werden sie zum Generalstreik aufgehetzt. Um dieser Gefahr zu begegnen, erläßt der kommandierende General des 2. Armeekorps verschiedene Bekanntmachungen, in denen der Belagerungszustand, der bisher nur auf den Stadtkreis Stettin beschränkt war, weiter ausgedehnt wird, und zwar auf die Landkreise Demmin, Anklam, Ueckermünde, Randow und Greifenhagen sowie auf den Regierungsbezirk Stralsund. Unter Bezugnahme auf die Wühlereien unter den Landarbeitern wird in diesen Bekanntmachungen verboten das Streikpostenstehen, jede Beschädigung oder Zerstörung land- und forstwirtschaftlicher Geräte, Einrichtungen, Maschinenanlagen, von Gebäuden, Erzeugnissen, jede Beschädigung, Mißhandlung oder Beseitigung des Groß- und Kleinviehs jeder Art, sowie das Vernachlässigen oder Unterlassen der sorgfältigen Pflege-, Wartungs- und Beaufsichtigungsmaßregeln, jede Hinderung, die zur Störung des Verkehrs auf Straßen, Chausseen, Wegen usw. führt. Von unverantwortlicher Seite hat sich bereits ein Teil der Landarbeiter des ostpreußischen Kreises Mohrungen in wilde Streiks treiben lassen. Der Zentralverband für Land-, Forst- und Weinbergarbeiter fordert die Landarbeiter auf, die Arbeit wieder aufzunehmen, da nächstes Tage Verhandlungen zwecks Abschlusses des Tarifvertrages stattfinden. Zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung sowie zum Schutz der Arbeitswilligen wurden Regierungstruppen in den Kreis gesandt.

*

Der Berliner Verkehrsstreik endgültig beigelegt.

Die Drohung der Verkehrsanstalten, die Angestellten wegen beharrlicher Dienstverweigerung ohne Einhaltung der Kündigungsfrist zu entlassen, scheint auf die Straßenbahner ganz erheblichen Eindruck gemacht zu haben. Zwar hatten sich am Montag vormittag bei der Abstimmung 10 043 Stimmen für den Streik und nur 6335 für Aufnahme der Arbeit ergeben; doch bei einer abermaligen Abstimmung unter Ausschluß der kommunistischen Agitatoren entschied sich eine große Mehrheit zugunsten der Wiederaufnahme des Dienstes. Auch die Angestellten der Omnibusgesellschaft haben sich ebenfalls mit großer Mehrheit für die Wiederaufnahme der Arbeit entschlossen. Die Streikenden haben rund gerechnet 4 Millionen Mark an Löhnen verloren, die ihnen durch keine Streikkasse ersetzt werden können.

Politische Streiks verworfen.

Die Parteileitungen der sozialdemokratischen Partei im Städtegebiet Groß-Hamburg fordern ihre Mitglieder, auch die Mitglieder des Metallarbeiterverbandes, auf, der Empfehlung eines eintägigen Ausstandes durch den Metallarbeiter-Verband nicht zu folgen, da es den Gewerkschaften nur zustehe, über wirtschaftliche Ausstände zu befinden, während es sich hier um einen politischen Ausstand handele, dessen Empfehlung für die Gewerkschaften sehr verhängnisvolle Folgen haben könnte.

Die Nationalversammlung.

Weimar, 14. Juli.

Fürsorge für versorgungsberechtigte Militärpersonen.

Bei der Besprechung der sozialdemokratischen Interpellation über die Notlage der Rentenempfänger legte Major v. Werder namens der Heeresverwaltung dar, wie schon durch eine Reihe von Maßnahmen von erheblicher finanzieller Bedeutung für die versorgungsberechtigten Militärpersonen der Unterklassen gesorgt sei. Die gesamte Fürsorgetätigkeit sei jetzt auf eine feste Grundlage gestellt. Die gründliche Reform der militärischen Versorgungsgesetze sei in Arbeit und werde mit aller Beschleunigung durchgeführt. Der Redner hob hervor, daß hierbei die Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenorganisationen zur Mitarbeit herangezogen würden. In der Aussprache waren sich alle Redner darüber einig, daß es Ehrenpflicht des deutschen Volkes sei, die materielle Not von denen fernzuhalten, die dem Vaterlande die größten Opfer gebracht hätten. Zum Schluß hörte das Haus Berichte des Ausschusses für Volkswohlfahrt.

Weimar, 15. Juli.

Die Beratungen über die Grundrechte.

Zu Beginn der heutigen Sitzung wurde an Stelle des zum Unterstaatssekretär ernannten sozialdemokratischen Abg. Schulz-Ostpreußen der Breslauer Abg. Loebe (Soz.) einstimmig zum Vizepräsidenten gewählt. Der einleitende Art. 107, wonach die Grundrechte und Grundpflichten Richtschnur und Schranke für die Gesetzgebung, die Verwaltung und die Rechtspflege im Reiche und in den Ländern bilden sollen, wurde nach einem Antrage Gröber gestrichen, weil er zu vieldeutig und allgemein sei. Der Artikel 108 umgrenzt die staatsbürgerlichen Rechte der Einzelpersonen. Alle Deutschen sind vor dem Gesetz gleich. Männer und Frauen haben grundsätzlich dieselben staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten. Oeffentlich rechtliche Vorrechte und Nachteile der Geburt oder des Standes bestehen nicht. Adelsbezeichnungen gelten nur als Teil des Namens und dürfen nicht mehr verliehen werden. Titel dürfen nur als Amts- oder Berufsbezeichnung verliehen werden. Akademische Grade sind hierdurch nicht betroffen. Orden und Ehrenzeichen dürfen vom Staat nicht verliehen werden. Kein Deutscher darf von einer ausländischen Regierung Titel oder Orden annehmen. Der Antrag der Unabhängigen, im zweiten Absatz das Wort „grundsätzlich" zu streichen, wurde im Hammelsprung mit 149 gegen 119 Stimmen abgelehnt. Ueber den Antrag der Sozialdemokraten, den Adel abzuschaffen, fand namentliche Abstimmung statt, die die Ablehnung des Antrages mit 143 gegen 127 Stimmen ergab. Schließlich wurde Art. 108 in der Fassung des Ausschusses angenommen.

Auf eine Frage, die von dem ostmärkischen Abg. Annmann beim Artikel 109 betr. die Staatsangehörigkeit an die Regierung gerichtet wurde, erklärte der Reichsministerpräsident Bauer, daß die Regierung erwägen werde, wie allen denen, die in den polnischen Staatsverband übergehen, und die Polen optieren müßten, die Wiedereinbürgerung in Deutschland, wenn sie es wünschten, erleichtert werden könne.

Art. 109 wurde unter Ablehnung eines Antrages Katzenstein (Soz.), wonach eine Deutsche auch im Falle ihrer Verehelichung mit einem Ausländer berechtigt sein soll, ihre Staatsangehörigkeit beizubehalten, unverändert angenommen. Desgleichen ohne Erörterung der Artikel 110 über die Freizügigkeit im ganzen Reiche.

Die weitere Beratung der Verfassung erfuhr eine wesentliche Verschleppung durch die Abänderungsanträge, so besonders der Art. 113 betr. die persönliche Freiheit, deren Beschränkung nur auf Grund von Gesetzen zulässig sein soll. Die Unabhängigen beantragten dazu die Aufhebung der Ausnahmegesetze gegen die Prostitution. Unter andauernder Unruhe des Hauses sprach die unabhängige Sozialistin Frau Zietz über die Einzelfrage der Prostitution. Erst nach längerer, teilweise sehr erregter Debatte, in die der Präsident mehrfach eingreifen mußte, wurde der Art. 113 unverändert angenommen. Hierauf wurde die Beratung abgebrochen.

Preuß. Landesversammlung.

Berlin, 15. Juli.

Haushalt des Ministeriums des Innern.

Nach Erledigung des Gesetzes über das Bürger- und Gemeinderecht der Frau und die weitere Durchführung der Gemeindewahlen in zweiter und dritter Lesung begann heute die allgemeine Besprechung über den Haushalt des Ministeriums des Innern und über sämtliche dazu gehörigen Anfragen und Uranträge. Abg. Schmedding (Ztr.) begrüßte die Vorlage über die Erweiterung der Provinzialverbände in ihren Grundlagen. Bei der Anstellung der Beamten dürfe nicht nur nach der politischen Gesinnung gefragt werden, sondern ihre Tüchtigkeit müsse entscheidend sein. Abg. Kardorff (D. natl.) übte an den Maßnahmen der Regierung scharfe Kritik. Die Regierung scheine Wege zu gehen, die schließlich zum Verfall des Preußischen Staates führen müssen. Bei der Neubesetzung der Landratsämter seien grobe Mißgriffe vorgekommen. Sozialdemokratische Gesinnung sei kein Ersatz für Kenntnisse und Fähigkeit.

Unterstaatssekretär Dr. Freund suchte die Angriffe der Vorredner in außerpolitischer Richtung zurückzuweisen. Die Regierung sei stets für ein ungeschmälertes Preußen eingetreten. Die Fortsetzung der Aussprache wurde auf Mittwoch vertagt.

Deutsches Reich.

— Berlin, den 15. Juli 1919.

— Die große politische Aussprache in Weimar findet erst in nächster Woche statt. Der Ernährungsminister Schmidt wird sich im Anschluß an die Reden von Müller und Bauer als Reichswirtschaftsminister vorstellen und sein Programm entwickeln.

— Auf dem Gebiete des Zahlungsmittels- und Wertpapierverkehrs werden halbamtlich scharfe Maßnahmen gegen die Steuer- und Kapitalflucht angekündigt. Man trägt sich mit dem Gedanken der Abstempelung oder Registrierung der Wertpapiere.

— In den polnischen Zeitungen erscheinen Aufrufe, aus denen hervorgeht, daß die Polen Listen der Deutschen in Oberschlesien führen, die in deutschem Sinn für die kommende Volksabstimmung agitieren.

:: **Wohlbefinden unserer Kriegsgefangenen.** Bekanntlich waren in den letzten Monaten ganz außerordentlich ungünstige Nachrichten über die Lage der deutschen Kriegsgefangenen bei den Arbeitskompagnien in dem früheren Operationsgebiet eingegangen. Erst nach langen Bemühungen konnte durchgesetzt werden, daß Delegierte der schweizerischen Gesandtschaft in Paris die Erlaubnis erhielten, diese Kriegsgefangenen zu besuchen. Die Berichte zeigen erfreulicherweise, daß die französische Regierung endlich den schlimmsten Mißständen gesteuert hat. Die Unterbringung hat sich sehr gebessert, die Ernährung ist nicht mehr unzureichend, über die Behandlung wird viel weniger geklagt. In den Händen der Franzosen befinden sich 340 000, in den Händen der Engländer 195 000 und in denen Amerikas 50 000 deutsche Kriegsgefangene. In Sibirien sind 20 000 Kriegsgefangene und 30 000 Zivilgefangene. Jeder Gefangene soll bei Bedürftigkeit bei der Heimkehr eine Beihilfe von 300 Mark bekommen, mit Ausnahme von denjenigen, gegen die ein Verfahren wegen Landesverrats schwebt, also der Ueberläufer. Diese Beihilfe kann in besonders gearteten Fällen bis auf 600 Mark erhöht werden, wenn die Gemeinde 150 Mark zuschießt. Bei der Entlassung soll ferner jeder Gefangene eine Abfindungssumme von 50 Mark und die Gebührnisse für acht Wochen erhalten, so daß er annähernd einen Betrag von 300 Mark mitbekommt.

:: **Wirtschaftlicher Zusammenschluß des besetzten Hessens mit der Rheinpfalz.** Nach einer Meldung des „Berl. Tagebl.", die auf eine der hessischen Regierung nahestehende Quelle zurückgehen soll, sind amtliche Bestrebungen im Gange, eine Neuordnung der durch die Okkupation zerrissenen Teile Hessens herbeizuführen. Die hessische Regierung soll im Einverständnis mit der Volksvertretung und mit der bayerischen Regierung erwägen, den Zusammenschluß der besetzten Teile Hessens mit der Rheinpfalz zu einer Wirtschaftsgemeinschaft herbeizuführen. Die hessische Regierung lasse sich bei ihrem Plane nicht von reichsfeindlichen Absichten leiten, sondern lediglich von dem Bestreben, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, in die die einzelnen, voneinander isolierten Staatenteile durch die Besetzung geraten sind, ausgleichend zu beheben und der drohenden Entnationalisierung der Bevölkerung nach Möglichkeit vorzubeugen. Die nächsten Tage würden voraussichtlich weitere Klarheit über diese Angelegenheit bringen.

:: **Die deutschen Beamten gegen einen Uebertritt in polnische Dienste.** Auf eine Anfrage an sämtliche Reichs- und Staatsbeamte in der Ostmark, ob sie das abzutretende Gebiet verlassen oder in polnische Dienste übertreten wollen oder Bedenkzeit wünschen, haben weit über 75 Prozent der Beamten, von den höheren Beamten sogar fast 100 Prozent um Versetzung in andere preußische Gebiete gebeten und die Uebernahme in polnische Dienste abgelehnt. Fast 2000 höhere Justizbeamte im abzutretenden Gebiet verlangen Uebernahme in andere preußische Bezirke, während zurzeit, wie verlautet, nur einige hundert Richterstellen im preußischen Gebiet frei sind.

:: **Auch Tilsit an Litauen.** Nach Meldungen der „Tilsiter Zeitung" weilt seit einigen Tagen in Tilsit eine Entente-Kommission. Sie wurde vom Tilsiter Landrat empfangen. Die Litauer haben gefordert, daß Tilsit aus, abgetreten werde; die Entente-Kommission prüft ihre Angaben. — Memel wird am 21. Juli von englischen und später von litauischen Truppen besetzt wer... Die Litauer planen große Feierlichkeiten zum Empfange der Engländer. Vertreter des Tilsiter Litauischen Volksrats (Nationalen Tariba) sind nach Memel gereist, um Vorbereitungen für den Empfang zu treffen.

:: **Abtrennung Birkenfelds und Lübecks von Oldenburg.** Das oldenburgische Staatsministerium hat den Staatsminister a. D. Scheer, Bevollmächtigter beim Staatenausschuß, ermächtigt, mit anderen Staaten über Aenderungen der Grenzen Oldenburgs zu verhandeln. Wahrscheinlich werden die Fürstentümer Birkenfeld und Lübeck abgetrennt werden. Besonders gespannt ist man auf das Ergebnis von Verhandlungen mit Bremen über dessen Vereinigung mit Oldenburg.

Die pädagogische Akademie setzt das Reifezeugnis einer Fach- oder gelehrten Oberschule voraus und führt in einem erziehlich wissenschaftlichen schulpraktischen Lehrgang von zwei Jahren zur Lehrerprüfung.

II. Die Oberlyzeen.

Die Oberlyzeen verlieren ihre jetzige Stellung und werden zu deutschen Oberschulen für Mädchen umgestaltet. Von jeder Mädchen-Studienanstalt aus können die künftigen Lehrerinnen in die pädagogische Hochschule eintreten, genau wie die künftigen Lehrer (Vereinheitlichung der Lehrer- und Lehrerinnenbildung).

III. Die künftigen Lehrer der Oberschule.

Die künftigen Lehrer der Oberschule durchlaufen zu ihrer erziehungswissenschaftlichen Ausbildung zunächst den ersten Jahrgang der pädagogischen Akademie. Dann folgt das Fachstudium auf der Universität oder Fachhochschule, hierauf ein schulpraktisches Jahr an einer Oberschule, zur Einführung in Erziehung und Unterricht an der Oberschule.

E. Fortbildungs- und Volkshochschule.

An die Volksschule schließt sich die Fortbildungsschule, an diese die Volkshochschule. Begabten Fortbildungsschülern wird ermöglicht, in die Fachoberschulen überzutreten.

F. Räumliche Zusammenfassung.

1. der Oberschule.

Es ist auch eine räumliche Vereinheitlichung anzustreben, dergestalt, daß die Oberschulen planmäßig über die Landesgebiete verteilt werden und nicht mehr so willkürlich, wie sie teilweise zufällig entstanden sind.

2. der ländlichen Schule.

Einklassige Dorfschulen, die nahe genug aneinanderliegen, werden zu mehrklassigen Zentralschulen vereinigt, um den Kindern eine bessere unterrichtliche Versorgung und ein Aufsteigen durch mehrere Klassen zu ermöglichen. Dadurch werden bisherige Schulräume, zum Teil sogar ganze Lehrkräfte, gespart und trotzdem höher entwickelte und vollkommenere Schulsysteme geschaffen werden können.

Rundschau im Auslande.

Polen: Der polnische Friedensvertrag.

‡ Der Pariser Korrespondent des „Illustravany Kurjer Godzienni" vom 6. Juli meldet: Artikel 80 des polnischen Friedensvertrages verpflichtet Polen zur Gewährung des freien Personen-, Waren- und Schiffsverkehrs zwischen Ostpreußen und Deutschland. Artikel 90 verpflichtet Polen, 15 Jahre lang den Export von Grubenprodukten aus Oberschlesien nach Deutschland zu gestatten. Artikel 92 spricht von der Uebernahme eines Teiles der deutschen Schulden durch Polen, jedoch nicht von der Entschädigung für Deutschlands Kolonisierungsausgaben. Artikel 256: Deutsche Staatsgüter gehen ohne Entschädigungszahlung in polnischen Besitz. Artikel 296: Den deutschen Privatbesitz, Wertpapiere und Rechte darf Polen mit kleinen Ausnahmen nicht liquidieren.

Lettland: Ausweisung der Reichsdeutschen aus der baltischen Landeswehr.

‡ Die baltische Landeswehr soll sich in Zukunft nur noch aus Balten zusammensetzen. Auf Anordnung des Führers der alliierten Militärmission, eines englischen Generals, haben die reichsdeutschen Angehörigen sofort aus der Landeswehr auszuscheiden. Die Landeswehr soll weiter bestehen, ihre Aufgabe wird weiterhin die Bekämpfung des Bolschewismus und die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im Innern sein. Auf den Hinweis baltischer Vertreter, daß die reichsdeutschen Angehörigen der Landeswehr sich verschiedene Rechte erworben hätten, erwiderten die Vertreter der alliierten Mächte, daß durch den Friedensvertrag in Versailles alle Verträge und Abmachungen auch im Osten hinfällig geworden sind. Wie sich die lettländische Regierung zu den von ihr genehmigten Versprechungen stellen wird, ist noch nicht entschieden.

Italien: Truppenzusammenziehungen in Dalmatien.

‡ Die Italiener sind gewillt, ihre Ansprüche auf Fiume gegebenfalls mit Waffengewalt zu erzwingen. An der Küste von Istrien sind bereits ungefähr 70 000 Italiener versammelt. Die Truppen sind kriegsmäßig ausgerüstet. In Dalmatien sollen italienische Truppen gelandet worden sein. — Pressenachrichten aus Laibach melden den Abschluß eines **rumänisch-italienischen Bündnisses gegen die Südslawen.** Der Vertrag ist unterschrieben von Orlando und Bratianu. Hinzugefügt wird, daß weder Rumänien noch Italien die Souveränität des südslawischen Staates anerkannt haben.

Dänemark: Die deutsch-dänische Grenze.

‡ Ministerpräsident Zahle hielt eine Rede über die Einverleibung Nordschleswigs in Dänemark und führte u. a. aus: Innerhalb 10 Tagen nach der Ratifizierung des Friedens durch drei Ententemächte müssen die Deutschen beide Abstimmungszonen geräumt haben. Im Laufe der darauf folgenden drei Wochen wird in der ersten Zone abgestimmt werden, und innerhalb weiterer fünf Wochen in der zweiten Zone. Nach den Abstimmungen kann die Verwaltung derjenigen Gebiete, die für Dänemark gestimmt haben, von Dänemark übernommen werden. Sodann wird in Paris auf Grundlage der Abstimmung die Grenze zwischen Dänemark und Deutschland festgesetzt und die Oberhoheit desjenigen Teiles von Schleswig, der nördlich dieser Grenze liegt, uns übertragen. Erst wenn diese Oberhoheit in Schleswig uns von den siegreichen Mächten übertragen ist, wird sich die gesetzmäßige Macht des dänischen Reichstages bis zur neuen Grenze erstrecken. Wir Dänen müssen hoffen und wünschen, daß die auf der Grundlage dieser Abstimmung festgesetzte Grenze mit der nationalen Grenze zwischen Deutschland und Dänen zusammenfallen möge, damit das Selbstbestimmungsrecht der Völker hier seinem wahren Sinn nach zur Anwendung kommen kann.

Mexiko: Ein amerikanisch-mexikanischer Konflikt.

‡ Nachrichten aus Washington zufolge steht ein Konflikt zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko bevor. Die Geduld Amerikas über Mexiko ist zu Ende. Die Vereinigten Staaten sollen beabsichtigen, die mexikanischen Häfen und ein Teil des mexikanischen Hinterlandes zu besetzen, bis das Leben und Eigentum der amerikanischen Bürger gesichert sei. Es gehen Gerüchte an der Newyorker Börse um, daß Mexiko beabsichtige, seine Staatsschuld zu annullieren.

— Der Chef der Schweizer Abordnung in Paris erklärte, daß, wenn die Zulassung Deutschlands zum Völkerbund nicht erfolgt, die Schweiz auf ihre Mitgliedschaft verzichtet.

Verschiedenes.

epd. **Der erste evang. spanische Kongreß,** der vorigen Monat in Madrid stattfand, gestaltete sich zu einer eindrucksvollen Kundgebung des spanischen Protestantismus. 540 Vertreter aus allen Gegenden Spaniens, aus Argentinien, Uruguay, Paraguay, Mexiko, Nordamerika, Frankreich, Irland und Schottland waren erschienen; Deutschland war durch die Pastoren Hans und Georg Fliedner vertreten. Zahlreiche Begrüßungsschreiben, u. a. vom Zentralvorstand des Gustav Adolf-Vereins, waren eingetroffen. Die Sitzungen fanden vormittags abwechselnd und nachmittags gleichzeitag in vier Kapellen statt. An zwei Abenden waren Versammlungen in einem über tausend Menschen fassenden Theater, und am letzten Abend konnte mit Genehmigung der Regierung das vornehmste Theater gemietet werden, freilich unter der Bedingung, daß nicht über Religionsfreiheit geredet würde. Diese Beschränkung war aber statt einer Entmutigung nur ein neuer Ansporn. Die Schlußsitzung bildete den Höhepunkt. Außerordentlicher Beifall begleitete die Reden des früheren Priesters Arenales und des Vertreters der Bibelgesellschaft, Adolf Aranjo, die über „Die Religion unserer Väter" und über „Unser Aufruf an die Spanier" sprachen. Musikalische Darbietungen und eine von 400 Gästen besuchte zwanglose Zusammenkunft im Gymnasium trugen zur festlichen Gestaltung des Ganzen bei.

epd. **Und das wollen Menschen sein?** Unter dieser Überschrift schreibt der in Zürich amtierende Pfarrer Dr. Pfister in einem Schweizer Missionsblatt: „In einer englisch geschriebenen, in Portugiesisch-Ostafrika erscheinenden Zeitung lese ich folgendes Inserat, das ich wörtlich übersetze: „Ist es möglich, im Austausch für Schweine Weiber ins Kongoland zu erhalten? — Harry A. Mr. Bridge, aus den Vereinigten Staaten Nordamerikas, Konsul in Boma". Ist es nicht eine Schmach, daß heute solche entsetzliche Zustände geduldet werden, und zwar durch den offiziellen Vertreter einer Macht, die sich durch ihre Betonung des sittlichen Faktors in der Politik so hohes Ansehen erwarb? Es ist heilige Pflicht der Missionsgesellschaften, gegen alle Schändungen des Christennamens und alle Mißhandlungen Eingeborener zu protestieren. Darum übergebe ich diese Mitteilung der Öffentlichkeit".

epd. **Zahlen, die zu denken geben.** Im Oberlandesgerichtsbezirk Hamm stieg die Zahl der jugendlich Verurteilten von 4200 in 1914 auf 24 600 in 1918.

Die Rückkehr in die Heimat. Die in Ungarn interniert gewesenen deutschen Soldaten werden mit Generalfeldmarschall von Mackensen in den nächsten Tager auf dem Wege nach Deutschland durch Wien kommen und sich dort einige Tage aufhalten. — Die Heimkehr der pfälzischen Kriegsgefangenen vollzieht sich gegenwärtig regelmäßig. Bis zum 20. Juli wird der Rücktransport der pfälzischen Kriegsgefangenen beendet sein, worauf mit den in den Rheinlanden beheimateten Gefangenen begonnen wird. Erst dann wird der Heimtransport der übrigen im unbesetzten Deutschland beheimateten Kriegsgefangenen in die Wege geleitet. — Der Dampfer „Prinzeß Matoyka" mit etwa 1600 aus Amerika ausgewiesenen Deutschen an Bord ist in Rotterdam eingetroffen. — Bisher sind 1480 Deutsche aus der südafrikanischen Union nach Deutschland zurückgesandt worden. Die Heimsendung weiterer 100 Deutscher steht bevor. Aus dem südwestlichen Schutzgebiet Südwest-Afrika wurden 3230 Deutsche, hauptsächlich Soldaten und Beamte, nach Deutschland zurückgesandt, während 2250 Deutsche auf die Heimkehr warten, die erfolgen wird, sobald die nötigen Schiffe dafür vorhanden sind.

** **Die preußischen Wallonen gegen die Angliederung an Belgien.** Der „Frankfurter Zeitung" wird aus Malmedy geschrieben: Trotz heftigster frankophiler Agitation erklären die preußischen Wallonen, sie wollen nichts von einer Angliederung an Belgien wissen. Die Behörden hatten bekanntgegeben, daß zur Unterzeichnung des Friedens in den Farben der Alliierten geflaggt werden dürfe. Dieser Erlaubnis kamen nur sehr wenige nach. Von den 830 Häusern hatten nur 32 alliierte Flaggen gehißt, von diesen 32 waren noch 6 von Belgiern bewohnt. Die eifrige Tätigkeit der belgischen Mission hat nur sehr geringen Erfolg gehabt.

* Der holländische Dampfer Mars ist am Montag mit einer Ladung Stückgut im Hamburger Hafen eingetroffen als erster Holländer, der nach Aufhebung der Blockade ohne Kontrolle Hamburg angelaufen hat.

* Der Streik im Rhyniker Bergrevier ist erloschen bis auf den Leoschacht der Charlottengrube. — Der Eisenbahnbetrieb in Tarnowitz ist wieder aufgenommen. Der Eisenbahnerstreik ist beendet.

Lokal- u. Provinzialnachrichten

Bielefeld, 17. Juli 1919.

— **Für Sonderzuweisungen** sollen am Donnerstag, Freitag und Sonnabend dieser Woche in den Lebensmittelkartenausgabestellen Bezugsmarken ausgegeben werden.

Es erhalten: Kinder im 1., 2. und 3. Lebensjahre 3 Marken über je 100 Gramm Schokolade oder Kakao. Kinder vom 6. bis 14. Lebensjahre und alte Leute über 70 Jahre 1 Marke für 1 Dose amerikanische Kondensmilch.

Werdende Mütter, die 12 Wochen vor der Entbindung stehen, erhalten am Freitag in der Mütterberatungsstelle, Herforderstraße (Handelsfachschule) 3 Marken für je 100 Gramm Schokolade oder Kakao, 3 Marken für je 1 Dose amerikanische Kondensmilch und 3 Marken für je ½ Pfd. Speck. Wer die Abholung der Marken versäumt, hat später keinen Anspruch mehr darauf. Die Verkaufstage werden später bekanntgegeben.

Die Fettzeit für diese Woche beträgt 60 Gramm **Butter** zu 49 Pfg.

Die Ausgabe der Butter für die Verkaufsstellen erfolgt Donnerstag vormittag.

— **Das hiesige Krisaheim** hat leider über das Eintreffen der 72 Kriegsgefangenen aus Saloniki keine Nachricht erhalten, sodaß eine Begrüßung seitens des Ausschusses auf dem Bahnhofe nicht stattfinden konnte.

Die eingetroffenen Kriegsgefangenen werden gebeten, sich in den nächsten Tagen in der Kriegerheimkehrstelle — Düppelstraße Nr. 25 — während der Dienststunden 7½ bis 12½ Uhr vormittags, 3—5½ Uhr nachmittags einzufinden, damit ihre Namen dort vermerkt werden.

Rückwandererhilfe.

Der Strom der vertriebenen Auslanddeutschen hat sein Ende noch nicht erreicht.

Täglich kehren deutsche Rückwanderer in ihre Heimat zurück. In schamloser Weise sind sie in den feindlichen Ländern behandelt worden. Kostbare Menschenleben sind zugrunde gegangen; ihr Hab und Gut, ihre mühsamen Ersparnisse wurden zwangsweise verwaltet und verschleudert. der Rückwandererhilfe E. V., Berlin, Schöneberger Ufer 21, ist vom Staatskommissar für die Regelung der Kriegswohlfahrtspflege in Preußen die Genehmigung zur Veranstaltung einer öffentlichen Sammlung, beginnend am 1. Juni 1919, gegeben worden. Die Vereinigungen, die sich in den Dienst der Rückwandererhilfe gestellt haben, benötigen erheblicher Geldmittel.

Es gilt, Gebrechlichen, Schwachen, Greisen, die aller Hoffnungen bar, nach Deutschland zurückkehren, eine angemessene Unterstützung zu gewähren. Es gilt, treue, starke Arbeiter, die um ihr Lebenswerk gebracht worden sind, zu neuem Schaffen zu stärken.

Der Aufruf wird sicherlich in allen deutschen Herzen seinen Widerhall finden.

— **Bethel.** Kirchenkonzert. Heute abend ½ 8 Uhr findet in der Zionskirche ein Konzert statt, in dem die Sängerinnen Frl. Niemöller (Enger) und Frl. Tschentscher Lieder vortragen werden. Eintritt 50 Pfg. zum Besten der Anschaffung von Musikalien.

Letzte Nachrichten.

Der König von Sachsen für den Kaiser.

Der König von Sachsen ersuchte telegraphisch den König von England, gegen das Begehren auf Auslieferung des Kaisers zu wirken.

Der König von England gegen den Kaiser-Prozeß.

In der Angelegenheit des Kaisers hat König Georg ein Schreiben an Lloyd George gesandt, ferner haben sich mehrere Lords und ein Verwandter des Königs, der mit der deutschen Kaiserfamilie verwandt ist, an anderer Stelle verwendet, um die Alliierten zu veranlassen, auf die Auslieferung des Kaisers verzichten zu wollen.

Die Ententetruppen vor Budapest.

Die etwa 5000 Mann starken Ententetruppen haben den Vormarsch auf Budapest angetreten. Artillerie und Sturmtruppen sind bis auf 10 Kilometer der Hauptstadt [illegible].

Für den Inhalt verantwortlich: W. Kraa, Bethel. — Druck und Verlag: Druckerei Bethel bei Bielefeld, Herrenstr. 74, Amt Bielefeld.
Alle für die Redaktion bestimmten Zuschriften sind zu richten nach Bielefeld-Bethel 151. Alles, was die Expedition betrifft, alle Inserate und Geldsendungen an die Geschäftsstelle Missionar Heiendrof, Bethel-Bielefeld. Postscheckkonto für Hannover.

F.W. Schuhwaren Böhmer
Hauptgeschäft: Essen, Ruhr, Limbeckerstrasse 14.
Eigene Schuhfabrik Cleve a. Rh.
Bochum Oberhausen Marxloh Duisburg Langenberg Dottrop Gladbeck Buer Mülheim Berbeck
Gegen Nachnahme versende
Hausschuhe in allen Frauengrössen
von gutem Wollstoff mit Ledersohle 8.80
„ „ Segeltuch mit Ledersohle 7.25
„ „ Wollstoff mit Filz- u. Ledersohle 9.50
feiner Wolloberstoff, Pompons u. Vulkans 8.50

Hausschuhe von Papierstoffgewebe 2.75 — 3.50.

Minden-Ravensberger gemeinnützige Rechtsauskunftsstelle.
Bielefeld, Gütersloher Str. 49 a (Eingang Bülowstr.)
Auskunft und Rat wird erteilt in Fragen der Angestellten- und Arbeiterversicherung, Militärangelegenheiten, Kriegsfürsorge,
Steuersachen,
Miets-, Straf-, Familien- und Staatsbürgerrecht.
Die mündliche Auskunft erfolgt an jedermann kostenlos. Für Schriftsätze werden geringe Gebühren erhoben. Schriftlichen Anfragen sind 50 Pfg. in Marken beizulegen. Die auf den Rechtsfall bezüglichen Schriftstücke sind mitzubringen.

Werbet für die Zeitung!

Es liegt in Ihrem Interesse
bei Bedarf von
weiblichem Haus- oder Küchenpersonal
im Aufwärts zu inserieren.

Die Evangelisch-soziale Schule
in Bethel b. Bielefeld
bildet Sekretäre für die christlichen Gewerkschaften aus. Sie übermittelt auch Anträge auf Anstellung in der Gewerkschaftsarbeit. Der Bedarf an Sekretären wächst täglich, Anmeldungen geeigneter Persönlichkeiten sind deshalb willkommen. Geeignet sind nur solche, welche wirklich Arbeiter gewesen sind und dann sich ausgebildet haben, sei es als Diakon, Gemeindehelfer, Jugendpfleger, Missionszögling oder was es sei.
Der Leiter der Evangelisch-sozialen Schule
D. Jaeger.